

Nachrichten

Stefan Schmid als Richter gewählt

Liestal. Der Landrat hat gestern Stefan Schmid als Richter für das Steuer- und Enteignungsgericht gewählt. Er ersetzt dort Pascal Leumann, der Ende Juni zurücktritt. Schmid ist beruflich als Steuerexperte bei PricewaterhouseCoopers tätig.

Entschädigungen für die Regierung neu geregelt

Liestal. Der Landrat hat gestern mit der Änderung des Dekrets zum Personalgesetz einen Schlusstrich unter die Honoraraffäre gezogen. Er hat den provisorischen Entscheid der Regierung in einen definitiven verwandelt: Sämtliche Honorare, Spesen und Sitzungsgelder für Tätigkeiten in öffentlich-rechtlichen Anstalten fliessen in die Staatskasse. Zur Abgeltung der persönlichen Spesen erhalten die Regierungsräte künftig eine Jahrespauschale von 15 000 Franken sowie eine Rückerstattung der ausgewiesenen Reiseauslagen.

Langmattstrasse in Therwil wird realisiert

Liestal. Die Baselbieter Regierung muss den Bau der Langmattstrasse in Therwil unverzüglich einleiten. Der Landrat hat gestern einer entsprechende Motion von Oskar Kämpfer (SVP) gegen den Willen der Regierung zugestimmt. Die Regierung plädierte für ein unverbindliches Postulat und eine Realisierung der Langmattstrasse ab 2026. Das Projekt ist Bestandteil der Entwicklungsplanung Elba.

Leise Kritik an der Regierung

Landrat will im Wischberg-Konflikt informiert werden

Liestal. Die Genugtuung war spürbar: Der Landrat hat den Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu den Verhandlungen über den juristischen Konflikt um einen ins Rutschen geratenen Hang auf dem Wischberg zur Kenntnis genommen. Dabei übte der Rat zumindest leise Kritik an der Regierung. Die Landräte zeigten sich übereinstimmend froh, dass mit den inzwischen erfolgten Bohrungen endlich ein Schritt hin zu einer Lösung des leidigen Konflikts erfolgt ist. Es sei «wichtig, dass klar eruiert wird, was den Hang zum Rutschen gebracht hat», erklärte Hanes Schweizer (SP), der mit seinem modifizierten Postulat Bewegung in die Angelegenheit am Runden Tisch gebracht hatte. GPK-Präsident Hanspeter Weibel sagte, er erwarte, dass die

Landrat beschliesst kantonale Energiesteuer

Das letzte Wort zur Verfassungsänderung hat das Stimmvolk

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Baselbieter Landrat hat gestern in Liestal für die Einführung einer Energiesteuer auf nicht erneuerbarer Wärmeenergie votiert, mit der die im Energiegesetz verankerten Förderungsmassnahmen umweltfreundlicher Energieträger finanziert werden sollen. Die Fronten waren im Rat die gleichen wie in der ersten Lesung vor 14 Tagen. Der Entscheid fiel mit 55 zu 24 Stimmen bei sechs Enthaltungen. Geschlossen dagegen stimmte die SVP-Fraktion. Der Stimme enthielten sich Simone Abt (SP), Sven Inäbnit, Balz Stückelberger (beide FDP), Daniel Altermatt, Matthias Häuptli und Regula Steinemann (alle GLP). Das letzte Wort hat das Volk.

Mittelstand und Wirtschaft

SVP-Fraktionssprecher Andi Trüssel kritisierte, dass mit der neuen Steuer der Mittelstand abgezockt werde und die Arbeitsplätze verteuert würden. Die SVP sei deshalb kategorisch gegen eine neue Steuer. Trüssel sagte auch, es sei unverständlich, dass eine Wirtschaftspartei wie die FDP für eine neue Steuer sei. Parteikollege Hanspeter Weibel ergänzte, dass die neue Steuer «eine ungenügende Rechtsgrundlage» habe. Diese Kritik zielt auf die beiden Rechtsgutachten der Bau- und Umweltschutzdirektion, welche die Frage, ob die

Steuer bundesrechtskonform sei, nicht eindeutig klären. Weibel verwies auch auf den Umstand, dass vor allem die Mieter zur Kasse gebeten würden.

Urs Kaufmann verteidigte die Energiesteuer namens der SP. Bei Trüssels Befürchtungen handle es sich um «ein falsches Schreckgespenst», sagte Kaufmann. Das Gegenteil sei der Fall: Es würden Arbeitsplätze geschaffen, da mit der Abgabe zahlreiche Aufträge im Energiebereich finanziert würden. Klaus Kirchmayr (Grüne) bezeichnete die Energieabgabe als «wichtige Anschubfinanzierung», die es auf den Weg zu bringen gelte. Markus Dudler sagte, die CVP stehe hinter der Energiesteuer, «auch wenn es jedem CVP-Mit-



glied freistehe, wie es sich dazu stelle» – eine Anspielung auf die öffentlich geäußerte ablehnende Haltung des Laufner Stadtpräsidenten und Parteikollegen Alexander Imhof.

Engagiert für die Energiesteuer kämpfte auch Christoph Buser namens der FDP-Fraktion. Die Steuer diene dazu, den Gebäudepark im Baselbiet auf den neusten energetischen Stand zu bringen. Mit Blick auf die Volksabstim-

mung beantragte Buser mit Erfolg, dass die Beschränkung der Steuer auf die Zeit bis längstens Ende 2030 im Verfassungsartikel ausdrücklich festzuhalten sei. Für FDP-Fraktionschef Rolf Richter war die zeitliche Limitierung ausschlaggebend. Er bekannte, dass er sich mit der Steuer schwertue. Christof Hiltmann (FDP) sagte, mit dem Energiegesetz habe der Rat Ja zur Zielsetzung und zu den Förderungsmassnahmen gesagt, deshalb müsse er jetzt auch die Finanzierung sicherstellen.

Kein Zwang zur Fernwärme

In der Tat hatte der Rat zuvor das Energiegesetz in zweiter Lesung äusserst deutlich verabschiedet: mit 80 zu vier Stimmen. Die vier Gegenstimmen kamen aus der SP-Fraktion. Die vier Fraktionsmitglieder verweigerten dem Gesetz die Zustimmung, weil der Rat zuvor erneut dagegen stimmte, dass die Gemeinden die Liegenschaftsbesitzer beim Ersatz einer Heizung zum Anschluss zwingen können. Mit 43 zu 44 Stimmen wurde die Anschlusspflicht nach einer längeren Debatte äusserst knapp abgelehnt. Es dürfe nicht sein, dass die Wirtschaftlichkeit der Fernwärmenetze über eine Zwangsmassnahme sichergestellt werde, lautete das Hauptargument gegen die Stützungs-massnahme für diese gemäss Hanspeter Weibel (SVP) «veraltete Technologie».

Nein zur Rheinstrassen-Initiative

Der Landrat beschliesst einen Gegenvorschlag

Liestal. Der Landrat lehnt die Gesetzesinitiative «zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal» ab und beschliesst mit 57 zu 28 Stimmen einen Gegenvorschlag. Damit werden die Stimmberechtigten über die beiden Varianten zur Erneuerung der Rheinstrasse abstimmen können. Beide Varianten sehen vor, dass die Rheinstrasse so zurückgebaut wird, dass bei Bedarf in der Strassenmitte eine zusätzliche Spur in Betrieb genommen werden kann. Im Falle der Initiative geschähe dies bei einer Sperrung des A22-Tunnels sofort, im Falle des Gegenvorschlags nach einer Vorbereitung von wenigen Tagen.

In zweiter Lesung versuchten die SP und die Grünen erfolglos, den Gegenvorschlag zu verhindern. Martin Rüegg

(SP) schlug dazu vor, anstelle des ursprünglich beschlossenen Rückbauprojekts die «ertüchtigte Variante» zu beschliessen. Auch mit dieser Variante sei eine dritte Spur möglich, argumentierte Lotti Stokar (Grüne). SP und Grüne unterlagen aber im Rat mit 28 zu 57 Stimmen. Felix Keller (CVP) hatte dagegen ins Feld geführt, dass über die Projekt-Umsetzung erst zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert und entschieden werden sollte.

Keinen Erfolg hatten auch Markus Meier (SVP) und Christoph Buser (FDP), die für ein doppeltes Ja votierten. Sie unterlagen mit 43 zu 45 Stimmen. Sie erreichten aber immerhin, dass im Abstimmungsbüchlein nicht ausdrücklich empfohlen wird, die Initiative abzulehnen. td

Stromfirma sehr gut aufgestellt

EBM solid in turbulenten Zeiten

Von Christian Fink

Münchenstein. Der Strompreis ist im Keller. Und die Frankenstärke wirkt sich auch auf die Geschäfte eines Energieproduzenten wie die EBM aus, zumal dieser auch im Ausland tätig ist. Trotzdem sei die Genossenschaft Elektra Birseck mit Sitz in Münchenstein auch in turbulenten Zeiten erfolgreich, bekräftigte Verwaltungsratspräsident Alex Kummer an der Delegiertenversammlung im Kultur- und Sportzentrum Münchenstein. «Die EBM ist sehr gut, nachhaltig und solide aufgestellt», sagte Kummer.

Der tiefe Strompreis beschäftigt die Branche derzeit am stärksten, wie Geschäftsführer Conrad Ammann ausführte. In der Schweiz würden derzeit etwa 60 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert. Aktuell lägen die Produktionskosten für eine Kilowattstunde Strom im Schnitt bei fünfzehn Rappen. Europaweit werden jedoch etwa zweieinhalb Rappen bezahlt. «Das heisst, bei jeder Kilowattstunde fehlen drei Rappen», was jährlich 1,8 Milliarden Franken zu wenig in die Kassen spüle.

Dies verspüren alle Energieproduzenten, auch die EBM. Die Strompreise in Europa sind in den vergangenen Monaten um weitere 25 Prozent gesunken. Als Folge der tiefen Strompreise musste die EBM im Jahr 2015 den Wert ihrer langfristigen Strombezugsrechte am Kraftwerkspark von Alpiq und den beiden Wasserkraftwerken Birsfelden und Augst erneut um 34 Millionen Franken reduzieren.

Trotzdem generierte die EBM-Gruppe, die weitere Bereiche wie das Energienetz, Wärme und erneuerbare Energien bewirtschaftet, einen Umsatz von 407 Millionen Franken im vergangenen Jahr, drei Prozent weniger als im Vorjahr. Grund dafür sind die leicht tieferen Absatzmengen in der Grundversorgung sowie Wechselkurseffekte.

Unter dem Strich realisierte die EBM einen Jahresgewinn von 19,8 Millionen Franken. Mit einem Eigenkapitalanteil von 74 Prozent ist die EBM-Gruppe solide finanziert und weist eine sehr gute Bonität auf.

Aktuell versorgt die EBM über 130 000 Kundinnen und Kunden mit Energie und gehört damit zu den zehn grössten Energieversorgern der Schweiz. Aufgrund der Übernahme des Avag-Aktienpakets, das von Alpiq zum Preis von 312 Millionen Franken durch ein Konsortium übernommen wird, werden es im Grossraum Olten bald 30 000 Kunden mehr sein.



Viel zu viel Wasser im Boden. Starker Regen führte letzte Woche in Grellingen zu Hangrutschen. Mehrere Häuser mussten evakuiert werden. Foto Polizei Baselland

Krisenstab warnt vor Erdbeben

Durchtränkte Böden im Baselbiet – erste Massnahmen bereits getroffen

Von Boris Gygax

Liestal/Füllinsdorf. Bereits vor drei Jahren rutschte der Hang unterhalb der Ruine Altenberg in Füllinsdorf meterweise ab. Unterhalb der Fluh befindet sich ein felsiger Untergrund, der in ein Lehmgefüge übergeht. Der Hang ist oben steil und flacht zu den darunterliegenden Einfamilienhäusern allmählich ab. «Nun stellte ein Geologe fest, dass sich aufgrund der massiven Niederschläge der letzten Tage der Untergrund oberhalb der Stelle, die vor drei Jahren betroffen war, wieder bewegt», sagt Daniel Inglin, Stabschef Regionaler Führungsstab Altenberg.

Zurzeit betrage die Absenkung auf einer Länge von 17 Metern nur wenige Zentimeter. Dennoch werde man am Freitagmorgen damit beginnen, den langsam fließenden Boden mit Ankern aus Beton und Eisen weiter zu sichern. Die gleiche Massnahme hatte man bereits nach dem Erdbeben vor drei Jahren getroffen. «Wir haben gesehen, dass diese Massnahme punktuell dort erfolgreich war, wo sie eingesetzt wurde.» Um die Verankerungen herum blieb der Boden jedoch instabil.

Am Dienstag verschickte der Kantonale Krisenstab wie üblich seinen Lagebericht an die regionalen Führungsstäbe. Darin warnt Marcus Müller auch von den durch den Niederschlag über-

sättigen Böden. «Wir sind auf die Thematik sensibilisiert», sagt der Leiter des Kantonalen Krisenstabs. Zwar sei die Lage ruhig, zudem würde der Niederschlag in den nächsten Tagen wohl abnehmen. Doch die Böden trocknen nicht so schnell. Aufgrund der kritischen Wettersituation werde man die Lage weiter beobachten: Auf Risse im Boden oder Teilabbrisse werde geachtet.

Die Verantwortung liegt jeweils bei den regionalen Führungsstäben. Oft seien es Personen der Gemeinden oder Spaziergänger, welche die Symptome melden, sagt Inglin. So war es auch in Füllinsdorf.

Wasser lässt Böden gleiten

Es gebe zwei – relativ logische – Eigenschaften, welche gefährdete Böden aufweisen, sagt der Geologe Nicola Kern: Gefälle und Bodenbeschaffenheit. Ersteres habe aber mehr Einfluss. Somit ist es wenig erstaunlich, dass sich im hügeligen Oberbaselbiet mehr Böden befinden, die nun abzurutschen drohen. Auch die Zusammensetzung der Böden habe einen Einfluss. Sandige und schluffige – lehmige – Böden sind anfälliger auf Erosion.

Der Regen als drittes Element trage nicht nur dazu bei, dass das Bodenpaket schwerer wird, sagt Kern. «Vereinfacht gesagt: Dringt Wasser zwischen die verschiedenen Bodenschichten, erhöht das

die Gleitfähigkeit.» Unbewachsene Flächen seien zudem mehr gefährdet, weil die Wurzeln der Pflanzen Stabilität verleihen und die Schichten zusammenhalten. Ackerflächen, die von der Landwirtschaft genutzt werden, sind darum besonders anfällig. Auf der Gefahrenkarte des Kantons sind die verschiedenen Gebiete eingezeichnet. Auch die Behörden orientieren sich daran.

Die regionalen Führungsstäbe sind bereits gewarnt. In Grellingen gingen vor einer Woche drei Murgänge nieder. «Dies kam überraschend. Einen Hangrutsch zu verhindern ist kaum möglich, aber man kann sich mit dem Wissen aus der Naturgefahrenkarte darauf vorbereiten», sagt Müller. In Füllinsdorf hat man aus den Erfahrungen Lehren gezogen. Der regionale Führungsstab hat damals Pläne für eine allfällige Evakuierung vorbereitet. «Dieses Konzept mit Checklisten liegt in der Schublade bereit», sagt Inglin. Grund zur Sorge bestehe aber gemäss den Füllinsdörfer Behörden nicht, auch stehe eine Evakuierung zurzeit nicht zur Debatte.

Durch den Dauerregen und die Überschwemmungen entsteht der Eindruck, dass sich solche Wetterphänomene häufen. Müller beschwichtigt jedoch: «Ich bin seit 20 Jahren im Kantonalen Krisenstab, praktisch jedes Jahr gibt es solche Wettersituationen.» www.geoview.bl.ch